

Interpellation Pascal Messerli betreffend „Antisemitismus und Islamismus: Wie ist die Situation in Basel?“

Seit dem Überfall der Hamas am 7. Oktober 2023 sind nicht nur in Europa die Zahlen betreffend antisemitische Übergriffe explodiert, auch in der Schweiz war und ist eine massive Zunahme zu verzeichnen. An unzähligen Demonstrationen wurden offen antisemitische und pro-palästinensische Parolen gerufen, Universitäten besetzt etc. Im Kanton Basel-Stadt fand am 5. Oktober 2024 eine grosse Pro-Palästina-Demonstration statt. Dabei wurden Kinder auf problematische Art und Weise instrumentalisiert, der Davidstern auf einer Israel-Fahne mit einem Hakenkreuz ersetzt und der antisemitisch motivierte Spruch „from the river to the sea, Palestine will be free“ skandiert.

In diversen Kantonen wurden zusätzliche spezielle Meldestellen eingerichtet und diese werden auch rege genutzt. Beispielsweise auch im Kanton Zürich, wo eine Meldestelle im März 2024 eingerichtet wurde, nachdem ein 15-Jähriger einen Juden in Zürich niederstach und sich zum IS bekannte. Im Kanton Aargau weisen die Behörden auf eine erhöhte Terrorgefahr an Gymnasien und Berufsschulen hin und fordern auf, wachsam zu sein und islamistische Radikalisierungstendenzen zu melden. Auch im Kanton Basel-Stadt wurde dank dem Anzug „Massnahmenplan zur Bekämpfung von Antisemitismus“ des Interpellanten eine Meldestelle eingerichtet.

Ebenso findet sich im neuesten Bericht des Bundesrates zur Bedrohungslage der Schweiz folgendes Zitat: *«Spontane Gewaltakte mit einfachen Mitteln, verübt von dschihadistisch inspirierten Einzeltäterinnen und -tätern oder Kleingruppen, bleiben das wahrscheinlichste Bedrohungsszenario in der Schweiz. Hierbei sind insbesondere jüdische und israelische Interessen exponiert. Der Messerangriff auf einen orthodoxen Juden Anfang März 2024 in Zürich bestätigt diese Beurteilung. Allerdings sind auch Grossveranstaltungen beziehungsweise publikumswirksame Anlässe für Dschihadisten attraktive Gelegenheiten, um Anschlagsabsichten umzusetzen.»*

In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Weshalb haben die Bewilligungsbehörden die oben erwähnte Demonstration vom 5. Oktober 2024 durch die ganze Innenstadt genehmigt?
2. Weshalb wird die Sicherheit der Menschen – in diesem Fall diejenige der jüdischen Glaubensgemeinschaft in Basel – weniger hoch gewichtet, als das offenbar bedingungslose Recht gewisser Demonstranten, in der ganzen Stadt ihre antisemitischen Parolen skandieren zu dürfen?
3. Weshalb beschränkt man insbesondere an einem Samstag – wenn viele Menschen einfach nur das Wochenende in der Stadt geniessen wollen – das Demonstrationsrecht nicht auf eine Platzkundgebung?
4. Erachtet der Regierungsrat die Pro-Palästina-Demonstration ein Jahr nach dem schrecklichen Anschlag auf Israel nicht als eine antisemitisch motivierte Provokation?
5. Wie gedenkt der Regierungsrat den vom Grossen Rat mehrfach geforderten Massnahmenplan zur Bekämpfung von Antisemitismus umzusetzen, wenn die Situation an der Universität oder auf der Strassen während Demonstrationen regelmässig aus dem Ruder läuft?
6. Wie erachtet die Regierung die aktuelle Situation betreffend Antisemitismus und Islamismus/Radikalisierung im Kanton Basel-Stadt?
7. Gibt es Statistiken zum Thema Gefährder im Kanton Basel-Stadt und aus welchem «Metier» diese stammen (links-/rechtsextrem, islamistisch, Reichsbürger etc.)?
8. Welche Aussagen kann der Regierungsrat zur Entwicklung des Gefährdungspotenzials der islamistischen Aktivitäten machen?
9. Befinden sich aktuell Moscheen, Gebetsräume oder Organisationen im Kanton Basel-Stadt unter Beobachtung durch die Polizei respektive Fedpol/NDB?
10. Wie viele Personen werden im Kanton Basel-Stadt insgesamt von den Polizei- und Sicherheitsbehörden als islamistische Gefährder und relevante Personen aus dem islamistisch-terroristischen Spektrum eingestuft?

Pascal Messerli